

## Mehrere 10.000 Euro in Genfer Toiletten entsorgt

Geldscheine waren die Ursache einer verstopften Toilette in unmittelbarer Nähe des Tresorraums einer Genfer Bank. Wie Zeitung „Tribune des Genève“ weiter berichtet, beeinträchtigten Geldscheine einige Tage später auch die Funktionsfähigkeit der Toiletten dreier nahegelegener Restaurants. Insgesamt soll es sich um mehrere 10.000 Euro in Form von 500-Euro-Scheinen handeln. Über die Hintergründe der außergewöhnlichen Entsorgungsaktion wurde zunächst nichts bekannt. Die Genfer Staatsanwaltschaft leitete eine Untersuchung ein. □

## Londoner Museum will Teile von Fettpfropfen aus Kanalisation

Das Londoner Stadtmuseum will Teile eines 130 Tonnen schweren Fettklumpens, der einen Abwasserkanal der britischen Hauptstadt verstopft, für seine Sammlung erwerben. Dies teilte das Museum of London vergangene Woche mit, nachdem der Wasserversorger Thames Water den Fund bekannt gemacht hatte.

Das Unternehmen hat vergangene Woche damit begonnen, die riesige Ablagerung aus der Kanalisation zu entfernen. Sie ist 250 Meter lang und besteht vorwiegend aus Feuchttüchern, Windeln und hart gewordenem Frittieröl und Speisefett, teilte das Unternehmen mit. Analog zu Eisbergen werden die Ablagerungen im Englischen als „Fettberge“ bezeichnet.

Ein Teil dieses Klumpens wäre „eines der außergewöhnlichsten Objekte aller Museumsammlungen in London“, sagte Museumsdirektorin Sharon Ament. Sie hofft, er könne „Fragen aufwerfen darüber, wie wir heute leben und unsere Besucher inspirieren, Lösungen für die Probleme wachsender Metropolen zu finden.“

## RÜCKBLLENDE

EUWID berichtete in seiner Ausgabe vom 18. September 2007

### „Gabriel erteilt vollständiger Liberalisierung klare Absage“

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) ist entschieden gegen eine vollständige Liberalisierung der Hausmüllentsorgung. Solchen Forderungen erteilte der Umweltminister beim Bundeskongress des VKS im VKU in Potsdam eine „klare Absage“. Neben den verfassungsrechtlichen Bedenken meldete Gabriel auch aus Umweltschutzgründen Zweifel an solchen Vorschlägen an. Es sei es nicht möglich, alle privaten Haushalte flächendeckend daraufhin zu überwachen, ob sie vernünftige Verträge mit Entsorgern geschlossen haben. Auch wäre es riskant, die Entsorgungssicherheit langfristig ausschließlich in die Hände privater Unternehmen zu legen. Der Staat würde damit bewährte Strukturen aufgeben, die beim Ausfall privater Dienstleistungen etwa im Konkursfall die umweltgerechte Entsorgung sicherstellen.

Mit Blick auf die Umsetzung der Ablagerungsverordnung zum 1. Juni 2005 merkte er an, dass die vom Kreislaufwirtschaftsgesetz vorgegebene Rollenverteilung „richtig war und ist“. Die Kommunen hätten die Aufgabe wesentlich besser bewältigt als die private Wirtschaft. „Die Kommunen haben

Zunächst einmal muss jedoch die Ablagerung entfernt werden. Thames Water erwartet einen dreiwöchigen „Kanalisationskrieg“ gegen das „steinharte“ Material. Acht Mitarbeitern hätten bereits mit der Beseitigung begonnen. Zuerst müsse die Masse mit Hochdruckreinigern gelockert und dann abgesaugt werden. Der Wasserversorger muss nach eigenen Angaben jeden Monat rund eine Million Pfund aufwenden, um Verstopfungen im Großraum London zu entfernen.

ihre Hausaufgaben gemacht“, unterstrich Gabriel in Potsdam.

Hinsichtlich des Vergaberechts und der Diskussion um das Steuerprivileg stellte der Bundesumweltminister klar, dass „die Kommunen auch in Zukunft eigenständig über die Organisation der Abfallbeseitigung entscheiden können und dass das Steuerprivileg für Abwasser und Abfallentsorgung beibehalten werden soll. Die Organisationsfreiheit der Kommune sei nicht nur Bestandteil der Garantie der kommunalen Selbstverwaltung, sondern sie soll auch „Waffengleichheit“ mit der privaten Entsorgungswirtschaft herstellen. Kommunen müssten daher selbst entscheiden können, ob sie ihre Aufgabe mit eigenen Anlagen, eigenem Personal und eigener Organisation durchführen wollen, oder ob sie die gesamte Aufgabe oder Teile davon von privaten Unternehmen erledigen lassen wollten.

Die verfassungsrechtlich vorgegebene Daseinsvorsorgeaufgabe der kommunalen Abfallentsorgung sei den Kommunen – steuerrechtlich betrachtet – „eigentümlich und vorbehalten“. Natürlich könnten Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch privatrechtliche Unternehmen betrauen. In der rechtlichen Verantwortung bleibe jedoch allein die Kommune. Die steuerrechtliche Differenzierung zwischen öffentlich- und privatrechtlichen Unternehmen sei daher gerechtfertigt, stellte Gabriel weiter fest.

Für Thames Water ist der Fettpfropfen „einer der größten, die wir je gesehen haben“, sagte Matt Rimmer, der Leiter des Bereichs Abwassernetze. „Es ist frustrierend, da eine solche Situation absolut vermeidbar ist.“ Die Londoner müssten nur darauf verzichten, Speiseöle und Fette über die Spüle zu entsorgen und Feuchttücher in der Toilette hinunterzuspülen. Trotz regelmäßigen Kontrollen könne sich eine so große Verstopfung schnell aufbauen. (dpa / eigener Bericht) □

### Bestellcoupon

per Fax an +49 7224 9397-901

Hiermit bestelle ich den wöchentlich erscheinenden Informationsdienst **EUWID Recycling und Entsorgung**

ab..... (Datum)

- Jahresabonnement 530,- €
- Probeabonnement (drei Monate) 160,- €
- kostenloses Probeheft

	Inland	Europa	Welt
+ Versandkosten	22,88/5,72 €	57,20/14,30 €	88,40/22,10 €
+ MwSt./Bankgeb.	MwSt.		13,- €

Allgemeine Abonnementsbedingungen: Die Abonnementsgebühren sind im Voraus zahlbar. Das Jahresabonnement verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht acht Wochen vor Ablauf gekündigt wird. Ein Probeabonnement geht automatisch in ein Jahresabonnement über, sofern es nicht spätestens zwei Wochen vor Ablauf des Abonnementszeitraums gekündigt wird. USt.-IdNr.: DE 811680902.

© Die Inhalte der EUWID Informationsdienste unterliegen dem gesetzlichen Urheberrecht. Sie dürfen grundsätzlich nicht, weder in Papierform noch elektronisch per Internet oder in einem unternehmenseigenen Intranet, vervielfältigt oder online verbreitet werden. Es gelten unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen unter [www.euwid.de/agb.html](http://www.euwid.de/agb.html).

EUWID Europäischer Wirtschaftsdienst GmbH · Bleichstraße 20-22 · 76593 Gernsbach, Deutschland · Tel. +49 7224 9397-190 · [abo@euwid.de](mailto:abo@euwid.de) · [www.euwid-recycling.de](http://www.euwid-recycling.de)